

# Marktwirtschaft.

Zeichnung: Heiko Sakurai



**02** Gefühle und wirkliche Wirklichkeit  
Editorial von Bernd Raffelhüschen

**03** Auf den Punkt: Rente  
Die Große Koalition der Älteren – zu Lasten der Jüngeren?

**04** Auf dem Weg zur digitalen Staatswirtschaft?  
Tagung mit Kanzleramtschef Helge Braun MdB

**05** EU-Nachhaltigkeitsranking 2018  
Wie zukunftsfest sind die Staatsfinanzen in Europa?

**06** Für einen Paradigmenwechsel in der Steuerpolitik  
Staatscompliance Update 2018

Digitalsteuer um jeden Preis?  
Risiken eines steuerpolitischen Schnellschusses

**07** Neue Kronberger Kreis Studie  
Unternehmensbesteuerung unter Wettbewerbsdruck

Berliner Gespräche zum Finanzplatz  
Deutsche-Bank-Chef Christian Sewing zu Gast

**08** Bundeswirtschaftsminister Altmaier MdB zu Gast  
Jahrestreffen der Stiftung in Kronberg

## Gefühle und wirkliche Wirklichkeit

Editorial von Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen, Vorstandsmitglied der Stiftung Marktwirtschaft



Foto: Kay Harschelmann

Streit belebt unsere Demokratie. Im fairen Ringen entstehen die besten Lösungen, Wettbewerb fördert Innovation und neue Chancen. Meinungsfreude ist also zu begrüßen, sie sollte aber nicht völlig losgelöst von Fakten auftreten. Angesichts mancher öffentlicher Debatten um und vieler Klagen über unsere Soziale Marktwirtschaft drängt sich genau die Sorge auf, dass Wahrnehmung und Realität zu oft wenig miteinander zu tun haben. Deutschland scheint im Tal der Tränen zu liegen, mit einer marktwirtschaftlichen Ordnung, die für so viel Ungemach verantwortlich sei: Die Umwelt nehme immer mehr Schaden, die Reichen würden immer reicher und die Armen immer ärmer, Ausbeutung und prekäre Jobs breiteten sich unaufhaltsam aus. Die Gesundheitsversorgung breche zusammen, zumal ein Facharzttermin für Kassenpatienten in monatelanger Ferne liege. Rentner lebten in Zukunft zu fast fünfzig Prozent in Armut, Pflegefälle sehnten sich nach dem Versorgungsniveau der Vergangenheit und Mietwucher grassierte an allen Straßenecken. Kurz: Früher war alles besser.

Tatsächlich sind derartige Behauptungen nichts anderes als objektive Falschmeldungen bzw. Interessengruppenrhetorik zur Förderung eigener Ziele, zum Beispiel in der so gut alimentierten Sozialindustrie. Bei genauerem oder ehrlicherem Hinsehen stellen wir fest: Es gibt weniger eine seit 10 Jahren andauernde Finanzkrise als ein seit 40 Quartalen fast ununterbrochen anhaltendes Wirtschaftswachstum mit einer unglaublichen Ausweitung der Beschäftigungszahlen sowie Lohn- und Rentenerhöhungen deutlich über dem Inflationsniveau. Beides statistische Tatsachen, die wir in diesem Ausmaß seit dem Wirtschaftswunder der 50er und frühen 60er Jahre nicht mehr erlebt haben. Die Luft in deutschen Städten war seit Beginn der industriellen Revolution noch nie so gut wie heute: Wir reden von Feinstaub, Fahrverboten etc. und vergessen, dass man bis in die 80er Jahre in vielen Städten die Wäsche im Winter nicht zum Trocknen aushängen

konnte. Auch sind nicht nur die Reichen, sondern ebenfalls die Armen immer reicher geworden und die Kluft ist über die letzten Jahrzehnte ziemlich konstant geblieben.

Die so viel gescholtene Gesundheitsversorgung hat aus uns die langlebigsten Deutschen gemacht, die jemals in diesem Land gelebt haben. Ein Facharzttermin in den 60er Jahren hat deutlich länger auf sich warten lassen als heutzutage – es gab nämlich keine bzw. nur ganz wenige Fachärzte. Altersarmut war ein Problem der Nachkriegszeit – heute gibt es keine Altersgruppe, die weniger von Armut betroffen ist als die über 65-Jährigen. Und nur nebenbei bemerkt, trotz der befürchteten Verdoppelung der Armutsquote im Alter im Jahr 2050 werden die Alten auch dann immer noch unterdurchschnittlich arm sein. Gänzlich unverständlich ist jedoch die Verklärung der Pflegeleistungen der Vergangenheit. Vor 1995 gab es gar keine Leistungen der Pflegeversicherung, weil dieselbe noch gar nicht existierte! Wie sollen die Leistungen dann besser gewesen sein? Und zu guter Letzt die Sache mit den unbezahlbaren Mieten: Früher hat der Durchschnittsverdiener etwa ein Drittel seines Netto-Einkommens für die Miete aufbringen müssen – heute zahlt er für die im Durchschnitt fast doppelte Wohnraumgröße nur noch ein gutes Fünftel; von explodierenden (relativen) Mietausgaben kann man in der Breite (nicht: München Innenstadt) also schwerlich sprechen. Jedenfalls nicht, wenn man statistisch argumentiert und gerechnete Zahlen den gefühlten „Realitäten“ vorzieht.

Tatsache ist: Die Soziale Marktwirtschaft hat aus unserem Deutschland das reichste und friedfertigste Deutschland gemacht, das je existiert hat. Uns geht es gut und wir haben allen Grund dazu, der Sozialen Marktwirtschaft und ihren konzeptionellen Vätern, die man heute nur noch als „Neoliberale“ in die Ecke zu stellen versucht, auch nach 70 Jahren Sozialer Marktwirtschaft unseren Dank zu zollen.

---

### IMPRESSUM

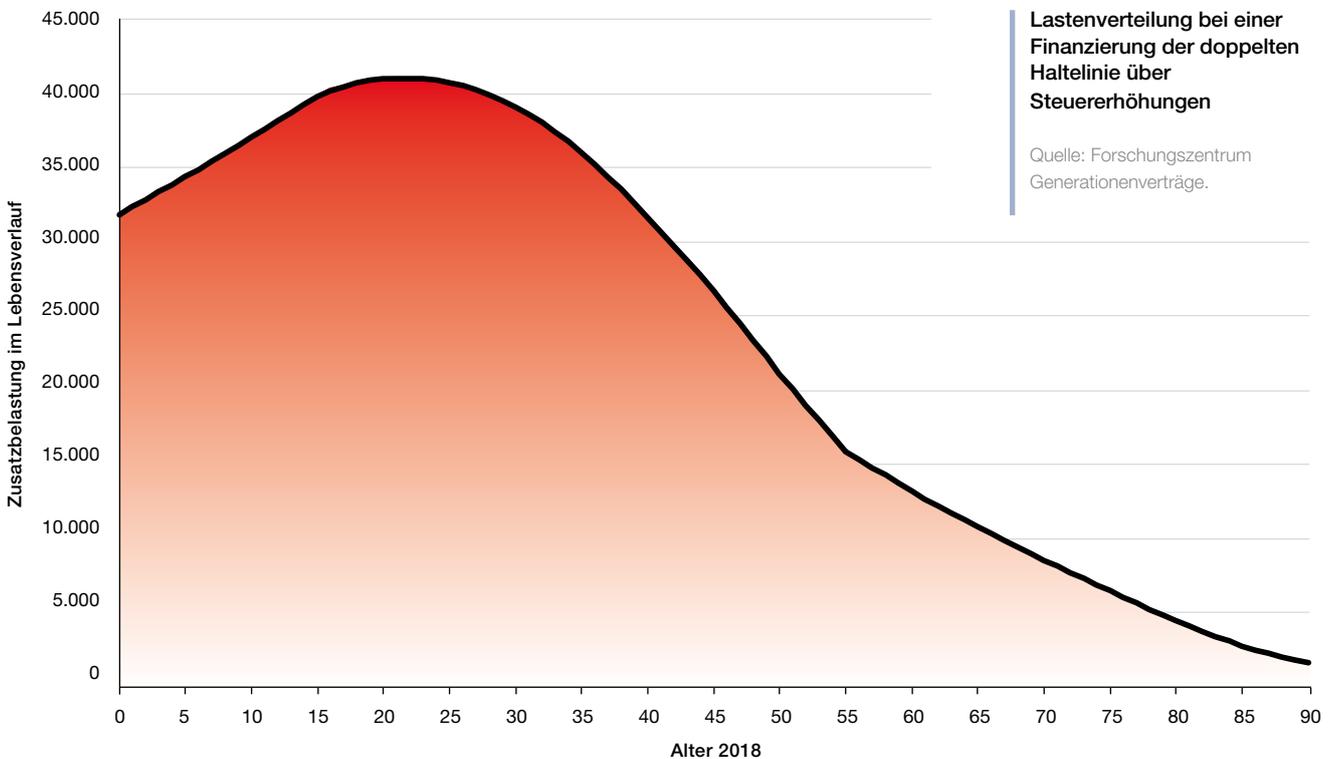
Dr. Ann Zimmermann  
(V.i.S.d.P.)

Stiftung Marktwirtschaft  
Charlottenstr. 60, 10117 Berlin  
[www.stiftung-marktwirtschaft.de](http://www.stiftung-marktwirtschaft.de)

ISSN: 1612-9725

## Auf den Punkt: Rente

### Die Große Koalition der Älteren – zu Lasten der Jüngeren?



Für das Anfang November vom Deutschen Bundestag beschlossene Rentenpaket 2018 der Großen Koalition gilt wie für das Rentenpaket 2014: Es zahlen die Jüngeren. Die Umverteilung von Jung zu Alt wird auf eine neue Spitze getrieben. Die Lasten, die durch die zwei „Haltelinien“ (keine Erhöhung des Rentenbeitrags, Festschreiben des Rentenniveaus von 48 Prozent des Durchschnittsverdiensts) entstehen, tragen vor allem alle unter 45 – und in ganz besonderem Maße diejenigen, die 2018 zwischen 20 und 35 Jahre alt sind.

Wie die Abbildung zeigt, werden z.B. alle heute 25-Jährigen durchschnittlich mit einer steuerlichen Zusatzbelastung von ca. 42.000 Euro im weiteren Lebensverlauf zu rechnen haben, um die jetzt gewährten Garantien einzulösen. Das bedeutet eine lebenslänglich wirkende Steuererhöhung um rund zehn Prozent! Da eine kostensenkende Erhöhung des Renteneintrittsalters von der Bundesregierung ausgeschlossen wurde und mehr Beitragsaufkommen eben wegen der Haltelinie nicht möglich ist, bleibt nur die zusätzliche Steuerfinanzierung über den ohnehin wachsenden Jahreszuschuss zur Rentenversicherung von derzeit 94 Milliarden Euro hinaus (30 Prozent des Bundeshaushalts), mit dem schon im Jahr 2018 die Rentenkasse aus Steuermitteln finanziert wird.

Für die Berechnungen der zusätzlich notwendigen Steuereinnahmen wurde die Haltelinie bei 48 Prozent als dauerhaft gesetzt betrachtet (über das „Heillimit“ 2025 und die „Scholzgrenze“ 2040 hinaus) – aus purem Realismus: Ein Bundeskanzler des Jahres 2040 wird sich über die in der Amtszeit Merkel/Scholz ohne Not verursachten Rentenprobleme schon genug ärgern – und wenig Neigung haben, den dann Steuer- und Beitragszahlenden nahezubringen, dass sie zwar weiter mehr einzahlen müssten, alle ab 2041 in Rente Gehenden aber als „Gegenleistung“ ein niedrigeres Rentenniveau erwartet. Wieso sollte man an eine Rückkehr zur Vernunft ab dem Jahr 2025 oder 2040 glauben, wenn schon heute die Politiker nicht einmal eine einzige Wahlperiode lang die Füße stillhalten können? Entsprechende Rechnungen, die nach 2040 ein wieder sinkendes Niveau annehmen, fallen deshalb günstiger aus, können aber durchaus auch als politisch nicht lebensnah angesehen werden.

web

Eine Studie dazu finden Sie in Kürze auf unserer Homepage: [www.stiftung-marktwirtschaft.de](http://www.stiftung-marktwirtschaft.de)

## Von der liberalen Marktwirtschaft zur digitalen Staatswirtschaft?

Tagung mit Kanzleramtsminister Prof. Dr. Helge Braun MdB am 20. Juni 2018 in Berlin



Foto: Kay Herschelmann

In Deutschland werden viele der mit der Digitalisierung verbundenen Entwicklungen mit großer Skepsis betrachtet. Digitale Angebote treten zunehmend in Konkurrenz zu bestehenden Geschäftsmodellen und stellen diese auf den ökonomischen Prüfstand. Befürchtet wird, dass die Digitalisierung neue Machtkonzentration und Monopolbildung begünstigt, Besitzstände entwertet sowie zu massiven Arbeitsplatzverlusten und prekären Arbeitsverhältnissen führt. Außerdem wächst die Sorge, dass durch die zunehmende Nutzung und Weiterverwertung von personenbezogenen Daten die Privatsphäre und informationelle Selbstbestimmung ausgehöhlt und bestehende Standards unterlaufen werden. Entsprechend wird der Ruf nach dem Staat vehementer, der diesen Ängsten mit strengeren Regulierungsmaßnahmen und einer beherzten Industriepolitik begegnen soll.

Die Kernfrage sollte jedoch nicht lauten, wie neue Technologien und Märkte durch den Staat „auf Kurs“ gebracht werden können, sondern wie ein innovationsoffener und flexibler Ordnungsrahmen aussehen sollte, der die uner-

wünschten Nebenwirkungen der Digitalisierung verhindert und zugleich die positiven Wirkungen des technologischen Wandels frei zur Entfaltung bringt. Ansonsten droht die auf liberalen Grundwerten fußende Soziale Marktwirtschaft zu einer überregulierenden digitalen Staatswirtschaft zu werden. Über dieses zentrale Thema diskutierten auf Einladung der Stiftung Marktwirtschaft am 20. Juni 2018 in Berlin renommierte Experten aus Politik, Wissenschaft und Wirtschaft.

Der Chef des Bundeskanzleramts und Bundesminister für besondere Aufgaben, Prof. Dr. Helge Braun MdB, gab dabei erstmalig Einblick in die digitale Strategie der neuen Bundesregierung. Insbesondere in den Bereichen Wirtschaft, Gesellschaft, Infrastruktur und Verwaltung sollte die Digitalisierung verstärkt angegangen werden, erläuterte Braun. Die Bundesregierung beabsichtige dabei, die Erforschung, Entwicklung und Anwendung von „Künstlicher Intelligenz“ in Deutschland auf ein weltweit führendes Niveau zu bringen. Der Wettbewerbsökonom und frühere Vorsitzende der Monopolkommission, Prof. Dr. Justus Haucap, der zugleich Mitglied des Kronberger Kreises ist, warnte davor, dass staatliche Subventionen und Regulierungsmaßnahmen zugunsten einzelner Interessengruppen den Wettbewerb behindern und letztlich den Verbrauchern schaden würden. Stattdessen plädierte Haucap für die Schaffung innovationsfreundlicherer Strukturen in Deutschland und von Reallaboren, in denen Unternehmen unter erleichterten Regulierungssystemen operierten und im Gegenzug ihre Daten zugänglich machten.



Den Tagungsbericht finden Sie auf unserer Homepage:  
[www.stiftung-marktwirtschaft.de](http://www.stiftung-marktwirtschaft.de)



Manuel Höferlin MdB, Prof. Dr. Justus Haucap, Dr. Ursula Weidenfeld, Dieter Janecek MdB, Prof. Dr. Helge Braun MdB, Iris Plöger, Prof. Dr. Michael Eilfort (v. li.).

Foto: Kay Herschelmann

## Ehrbare Staaten? Wie zukunftsfest sind die Staatsfinanzen in Europa?

Update 2018 des europäischen Nachhaltigkeitsrankings der Stiftung Marktwirtschaft

Die meisten EU-Mitgliedstaaten haben die Wirtschaftskrise inzwischen ein gutes Stück hinter sich gelassen. Darauf deuten zumindest viele konjunkturabhängige Indikatoren, wie das BIP-Wachstum, die Arbeitslosenquoten oder auch die öffentlichen Haushaltssalden hin: Mehrere Jahre guter wirtschaftlicher Entwicklung haben hier jeweils zu deutlichen Verbesserungen geführt.

Doch sind die Länder Europas tatsächlich so gut aufgestellt wie die positive Momentaufnahme des Status quo für die Jahre 2017 und 2018 nahe legt? Und vor allem: Kann bei den Staatsfinanzen – einem der zentralen Brennpunkte während der Krise – wirklich schon Entwarnung gegeben werden? Diese Hoffnung muss zumindest mit einem großen Fragezeichen versehen werden, wenn man auf das aktuelle Nachhaltigkeitsranking 2018 blickt, das am 22. November 2018 von Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen, Vorstandsmitglied der Stiftung Marktwirtschaft, im Rahmen eines Pressegesprächs in Berlin vorgestellt wurde. Hauptmerkmal dieses europäischen Schuldenvergleichs ist die Erweiterung des traditionellen Blicks auf die öffentlichen Haushalte durch die Einbeziehung der zukünftigen Entwicklung. Mittels Pro-

jektions- und gegebenenfalls Szenariorechnungen werden die zu erwartenden impliziten Schulden – als Summe der zukünftig zu erwartenden Primärsalden – abgeschätzt, wobei besonderes Augenmerk auf der demographischen Entwicklung und den durch sie entstehenden fiskalischen Herausforderungen liegt.

Die Ergebnisse bestätigen zwar, dass es Fortschritte bei der kurzfristigen Konsolidierung der Staatsfinanzen gibt, die sich auch in den langfristigen Projektionsrechnungen niederschlagen. Allerdings weist noch immer eine breite Mehrheit der Mitgliedstaaten eine beträchtliche Nachhaltigkeitslücke auf, darunter auch die großen Mitgliedstaaten einschließlich Deutschland. Außerdem kann nicht ausgeschlossen werden, dass manche Länder „politisches Reporting“ betreiben und von übermäßig optimistischen Projektionen hinsichtlich der zukünftigen Entwicklung der altersabhängigen Ausgaben ausgehen. Schmerzhaft Reformen ausschließlich in die ferne Zukunft zu verlagern, mag zwar kurzfristig Wählerstimmen bringen, ist aber keine sozialpolitisch überzeugende Strategie. Ausbaden müssen es dann die Jungen sowie zukünftige Generationen.

		Explizite Schulden	+	Implizite Schulden	=	Nachhaltigkeitslücke 2018 (Gesamtschulden)
1	Kroatien	77		-213		-136
2	Griechenland	176		-281		-105
3	Litauen	39		-114		-75
4	Lettland	40		-110		-70
5	Estland	9		-47		-39
6	Dänemark	36		-43		-7
7	Zypern	96		-100		-4
8	Frankreich	99		-3		95
9	Schweden	41		59		100
10	Portugal	125		-24		101
11	Italien	131		-9		122
12	Polen	51		90		141
13	Bulgarien	26		122		147
14	Deutschland	64		106		170
15	Ungarn	73		101		174
16	Niederlande	57		157		214
17	Österreich	78		143		221
18	Finnland	61		200		262
19	Spanien	98		170		268
20	Slowakei	51		225		276
21	Tschechien	35		255		289
22	Malta	51		240		291
23	Irland	68		239		307
24	Rumänien	35		276		311
25	Belgien	103		244		347
26	Verein. Königreich	87		270		357
27	Slowenien	74		404		478
28	Luxemburg	23		692		715
Ø	EU	83		59		142

### EU-Nachhaltigkeitsranking 2018

Explizite Schulden, implizite Schulden und Nachhaltigkeitslücke in Prozent des jeweiligen BIP

Quelle: Forschungszentrum Generationenverträge.



Mehr Informationen zum Thema erhalten Sie auf unserer Homepage: [www.ehrbarer-staat.de](http://www.ehrbarer-staat.de)

## Für einen Paradigmenwechsel in der Steuerpolitik

Staatscompliance Update 2018

Das Gleichgewicht zwischen Steuerstaat und Steuerpflichtigen scheint aus der Balance geraten. Der Staat setzt die Regeln zu seinen Gunsten oder beachtet sie nicht. Dem Steuerpflichtigen hingegen wird die Regelbefolgung oft unnötig erschwert. Darüber hinaus führt die Ausrichtung der Gesetzgebung auf den potentiellen Missbrauch hin – unter Einbeziehung auch nicht missbräuchlicher Sachverhalte – zu komplexen und nicht administrierbaren Regelungen, die den ordentlichen Steuerpflichtigen in seinem Wirtschaften behindern. Überdies misst der Gesetzgeber mit zweierlei Maß, wenn er z.B. einerseits die steigende Belastung der Steuerprogression wünscht, andererseits die entsprechende progressive Entlastung (wie bei der teilweisen Abschaffung des Solidaritätszuschlags) zu verhindern sucht.

In einem durch zunehmenden internationalen Steuerwettbewerb geprägten Umfeld wird die Forderung nach einem rechtstreuen Staat dringlicher. Steuerwettbewerb erfolgt nicht nur über Steuersätze und Förderungen, sondern auch über die allgemeinen steuerlichen Rahmenbedingungen, wie eine faire und ausgewogene Regelsetzung, Rechtssicherheit, effiziente, digitale Verfahren und Transparenz.

Die mangelnde Rechtstreue des Staates belastet den Standort und zunehmend das Verhältnis zwischen Staat und Bürger. In der Publikation „Staatscompliance: Update 2018 – Für einen Paradigmenwechsel in der Steuerpolitik“ untersucht und bewertet die Stiftung Marktwirtschaft die steuerrechtlichen Entwicklungen seit der letzten Ausgabe der Staatscompliance 2016 und unterbreitet Vorschläge auf dem Weg zu einem Steuerstaat, der den Anforderungen einer Staatscompliance gerecht wird.



### Staatscompliance – Update 2018: Für einen Paradigmenwechsel in der Steuerpolitik

Argumente zu Marktwirtschaft und Politik,  
Nr. 143

Barbara Bültmann-Hinz

Stiftung Marktwirtschaft (Hrsg.)  
ISSN: 1612 – 7072



Die Studie (Argument Nr. 143)  
finden Sie auf unserer Homepage:  
[www.stiftung-marktwirtschaft.de](http://www.stiftung-marktwirtschaft.de)

## Gefährliche Zwischenlösung – Digitalsteuer um jeden Preis?

Die Diskussion über die Besteuerung der Digitalwirtschaft hat spätestens mit den Plänen zur Einführung einer EU-weiten Digitalsteuer auf bestimmte Geschäftsmodelle an Fahrt gewonnen. Den Befürwortern der Digitalsteuer geht es – auch in der digitalen Welt – um steuerliche Gerechtigkeit. Allerdings sind die Auswirkungen der Digitalisierung auf Wirtschaft und Besteuerungssystem vielschichtig und keineswegs immer eindeutig. Meint man es mit dem Ziel der Steuergerechtigkeit ernst, sind daher steuerpolitische Schnellschüsse, mit denen ein lediglich vermutetes europaweites Steuergefälle mit der Brechstange ausgeglichen werden soll, der völlig falsche Weg.



Dass die Digitalsteuer im Hinblick auf Steuergerechtigkeit mehr schaden als nutzen würde, zeigt die Kurzinformation der Stiftung Marktwirtschaft, die den entsprechenden EU-Richtlinienvorschlag analysiert. Tatsächlich bestehende Gerechtigkeitsprobleme blieben ungelöst, stattdessen ergäben sich neue Wettbewerbsverzerrungen und steuerliche Ungerechtigkeiten, beispielsweise wenn Digitalunternehmen unabhängig von ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit besteuert würden. Hinzu kommt, dass sich eventuelle Gegenmaßnahmen anderer Länder für die deutsche Exportwirtschaft und das aus ihr generierte Steueraufkommen als kostspieliger Bumerang erweisen könnten. Die vernachlässigbar geringen steuerlichen Mehreinnahmen stünden hierzu in keinem Verhältnis, zumal trotz großzügiger Schwellenwerte ein erheblicher bürokratischer und administrativer Mehraufwand absehbar ist.

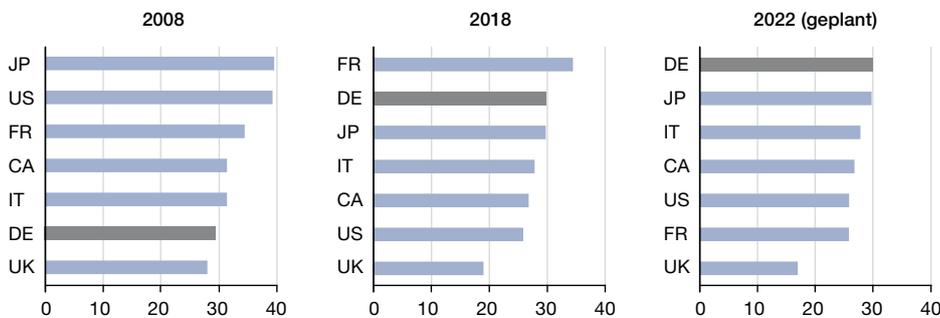
Wesentlich zielführender wäre es, politisch einen Schritt zurückzugehen und zunächst genau zu analysieren, an welchen Stellen internationale wie nationale Steuersysteme überhaupt Lücken oder Ungleichbehandlungen enthalten, die einem steuerlichem „level playing field“ zwischen digitalen und traditionellen Geschäftsmodellen entgegenstehen.



Diese Kurzinformation finden Sie auf Deutsch  
und Englisch auf unserer Homepage: [www.stiftung-marktwirtschaft.de](http://www.stiftung-marktwirtschaft.de)

## Unternehmensbesteuerung unter Wettbewerbsdruck

Kronberger Kreis bemängelt steuerpolitischen Stillstand in Deutschland



Tarifliche Steuersätze auf Unternehmensgewinne der G7-Staaten

Quelle: OECD.

Angesichts umfangreicher Steuerreformen in den USA und weiteren Mitgliedstaaten der OECD steht die Unternehmensbesteuerung verstärkt unter Wettbewerbsdruck. Da hierzu-lande seit dem Jahr 2008 keine wettbewerbsstärkenden Reformen des Steuersystems mehr durchgeführt worden sind, wird Deutschland bei den tariflichen Gewinnsteuersätzen im internationalen Vergleich bald eine unrühmliche Spitzenposition einnehmen (vgl. Abbildung). Der deutsche Wirtschaftsstandort droht im Wettbewerb um Investitionen und die Ansiedlung innovativer Unternehmen an Attraktivität einzubüßen, wodurch Steueraufkommen verlorengehen und der gesamtwirtschaftliche Wohlstand abnehmen könnte. Diese Einschätzung geht aus der neuen Studie „Unternehmensbesteuerung unter Wettbewerbsdruck“ des Kronberger Kreises hervor, die am 23. November 2018 im Haus der Bundespressekonferenz vorgestellt wurde.

nationaler Koordination und optimaler Positionierung des eigenen Standorts zu erreichen, gibt der Kronberger Kreis der Bundesregierung konkrete steuerpolitische Handlungsempfehlungen. Diese beinhalten unter anderem eine Senkung der Körperschaftsteuer, die Einführung von Patentboxen und steuerlicher Forschungsförderung, die Vermeidung von internationaler Doppelbesteuerung sowie die Ablehnung einer europäischen Steuer auf digitale Umsätze.

Studien des Kronberger Kreises finden Sie auf unserer Homepage: [www.kronberger-kreis.de](http://www.kronberger-kreis.de)

Der wissenschaftliche Beirat der Stiftung Marktwirtschaft bemängelt, dass es die Bundesregierung bislang versäumt hat, den internationalen Steuerwettbewerb anzunehmen und eigene steuerpolitische Impulse zu setzen. In ihrer Studie gehen die Wissenschaftler auf die ökonomischen Wirkungen der Unternehmensbesteuerung sowie weitere Aspekte des Steuerwettbewerbs ein und diskutieren länderübergreifende Initiativen gegen Steuervermeidung und zur Besteuerung der Digitalwirtschaft. Um eine effektive Balance zwischen inter-

## Berliner Gespräche zum Finanzplatz

Deutsche-Bank-Chef Sewing zu Gast

Die Reihe der Stiftung Marktwirtschaft und der Hessischen Landesregierung „Berliner Gespräche zum Finanzplatz“ wurde im Juni mit Christian Sewing (Vorsitzender des Vorstands der Deutschen Bank AG) zu dem Thema „Internationale Großbanken im Wettbewerb“ mit großer Resonanz fortgesetzt.



### Unternehmensbesteuerung unter Wettbewerbsdruck

Schriftenreihe Band 64

Kronberger Kreis  
Lars P. Feld, Clemens Fuest, Justus Haucap, Heike Schweitzer, Volker Wieland, Berthold U. Wigger

Stiftung Marktwirtschaft (Hrsg.)  
ISBN: 3-89015-125-6



Christian Sewing, Staatsministerin Lucia Puttrich MdL, Prof. Dr. Michael Eilfort (v. li.).

Foto: Dirk Hasskarl

